



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21834 - 39

Fernschreiber 0886490

P/XIV/24 - 29. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1	Theodor Heuss Zum 75. Geburtstag des Bundespräsidenten	43
2 - 3	Zwischen zwei Auslandsreisen Österreichs Parteien vor den Wahlen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	67
4	Eine Warnung Es geht um das Öl in der Sahara	33
5	Gefahren von innen und von außen Gedanken zur Selbstbesinnung	41
6 - 7	"Traumfabrik" und Wirklichkeit Umgestaltung des Filmwesens	59

* * * *

* * *

Theodor Heuss

Zum 75. Geburtstag des Bundespräsidenten

G.M. - Dem 75-jährigen Professor Dr. Theodor Heuss, Präsident der Bundesrepublik Deutschland, wird jeder Deutsche aufrichtig Achtung entgegenbringen, der daran denkt, wie dieser Mann in den schweren Nachkriegsjahren im freien Teil Deutschlands wirkte. Keine leichte Aufgabe hat Theodor Heuss im Jahre 1949 übernommen. Er mußte ausgleichender Faktor in der deutschen Politik sein, aber auch die Repräsentanz einer neuen demokratischen Gesinnung, die langsam aus den Trümmern der Gewaltherrschaft Hitlers entstand. Von ihm stammt das Wort: "An dem Elend des Vaterlandes und an der tiefen Zerklüftung der Seelen unseres Kontinents ist niemand anders schuldig als die brutale und romantische Vermessenheit eines Adolf Hitler."

Ein Theodor Heuss konnte dies sagen, weil der von ihm umrisene historische Tatbestand, der manchen Deutschen unbequem sein mag, mit jener Weisheit des Alters ausgesprochen wurde, die menschliche Fehler klar erkennt und dieses Erkennen einem ganzen einstmals irregeleiteten Volk vermitteln will. Dafür sollten alle Deutschen dem 75-jährigen Bundespräsidenten dankbar sein.

Theodor Heuss verdient unseren Dank aber auch noch aus einem anderen Grunde. Er hat vielen Deutschen - jedenfalls jenen, die guten Willens sind - durch sein Wirken begreiflich gemacht, daß Politik und menschliche Wärme nicht einander ausschließen müssen. Theodor Heuss ist ein Politiker, er hat stets politisch gehandelt und nicht nur in der Repräsentation der Bundesrepublik seine einzige Aufgabe gesehen. Sein politisches Wirken zeigte sich jedoch dem deutschen Volk als der Ausdruck des Menschlichen, als Demonstration eines politischen Willens, das im Politikum die wirklich menschliche Leistung erkennt.

Theodor Heuss hat es verstanden, - auch beim notwendigen Ansprechen von harter Realität - den sorgenden Unterton mitklingen zu lassen. Damit entschärfte er gelegentlich Gegensätze und machte glaubhaft, wie notwendig in gewissen Situationen der Hinweis auf das Gemeinsame ist.

Auch dafür wollen wir ihm danken. Dieses Wirken liegt vielleicht jenseits unmittelbarer Erfolge; es ist jedoch eine bleibende Leistung, die wohl nur der vollbringen kann, der innerlich frei vom flüchtigen Eargeiz ist und der wirklich seinem Volke dienen will.

Ein so erfülltes Leben könnte als abgerundet gelten; es könnte, umhert von der Dankbarkeit des Volkes, die Ruhe fördern. Ob dieser Wunsch erfüllt wird - wer weiß es? Aber auch diese offene Frage sollte mit jenem Respekt vor dem Menschen Theodor Heuss beantwortet werden, den wir ihm alle schuldig sind.

Zwischen zwei Auslandsreisen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In den drei Wochen zwischen der Rückkehr von Bundeskanzler Ing. Julius Raab aus Japan am 18. Januar und der Abreise von Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann nach USA am 7. Februar wird gegenwärtig in Österreich "große Politik" gemacht. Es geht dabei um die für die weitere politische Entwicklung bedeutsame Frage, ob die Koalition der beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, bis zu den Herbstwahlen aufrechterhalten bleibt oder ob bereits im April oder Mai Neuwahlen stattfinden werden. Zwischen den Auslandsreisen der beiden Parteioberhäupter muß diese Frage entschieden werden. Sie ist aber abhängig davon, ob man sich über eine Reihe sehr strittiger Fragen einigen kann oder nicht.

Die Sozialisten würden den Herbstwahltermin bevorzugen, und zwar nicht nur aus wahltaktischen Gründen, sondern auch aus anderen Erwägungen. Da nämlich im Herbst ohnehin in einigen Bundesländern, darunter in Wien, Landtagswahlen stattfinden werden, liegt die Zusammenlegung dieser Wahltermine mit dem Termin der für den 25. Oktober vorgesehenen Nationalratswahl im Interesse Österreichs. Der Wirtschaft des Landes und auch der politischen Entscheidungsfreiheit wäre ein permanenter Wahlkampf in diesem Jahr, wie er bei Parlamentswahlen im April oder Mai unvermeidlich entstehen müßte, abträglich.

Wer also bei seinen politischen Entscheidungen die Interessen des Volkes berücksichtigt, wie es die Sozialisten tun, der muß für Herbstwahlen eintreten. Die Österreichische Volkspartei ist sich zwar dieser Tatsache bewußt, hat sich aber noch nicht entschieden. Der heterogene Aufbau dieser Partei, die aus drei ständischen Bündeln besteht, erschwert derartige Entscheidungen. Der reaktionäre Flügel scheint gesonnen zu sein, von den Sozialisten Zugeständnisse als Preis für die Zustimmung zu Herbstwahlen zu fordern, so etwa in der Frage der Ausgabe von "Volksaktien", durch welche eine Bresche der kalten Reprivatisierung in die verstaatlichte Industrie geschlagen werden soll. Daß sich diese Tendenz in der ÖVP, zumindest vorläufig, noch nicht durchgesetzt hat, dürfte damit zusammenhängen, daß sich die ÖVP infolge Fehlens einer günstigen Ausgangsposition auch von Frühjahrswahlen nicht viel versprechen kann.

Beide Parteien suchen gegenwärtig eine Wahlplattform und greifen dazu Probleme wie den Wohnungsbau, die Mietzinsfrage, die Erhaltung der Konjunktur und Vollbeschäftigung und ähnliche lebenswichtige Fragen auf, mit denen man die Entscheidung der breiten Wählerschicht beeinflussen könnte. Rein stimmungsmäßig sind dabei die Sozialisten in einer besseren Position, weil sie durch ihre gesamte bisherige Politik in Bezug auf soziale Forderungen für das Volk eine unvergleichlich größere Glaubwürdigkeit besitzen als die oft auf soziale Demagogie eingestellte "Volkspartei".

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen konnte es sich die ÖVP beispielsweise nicht mehr leisten, einer so populären Forderung der Sozialisten wie der nach Arbeitszeitverkürzung Widerstand entgegenzubringen. Zwar lehnte sie die Behandlung eines entsprechenden Gesetzentwurfes des SP-Sozialministers Anton Proksch ab, stimmte aber, wenn auch nach langwierigen Verhandlungen, einem sogenannten Generalkollektivvertrag zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund über die generelle Einführung der 45-Stunden-Woche ab 1. Februar zu. Auch über den Entwurf des SP-Justizministers Dr. Otto Tschadek für ein Antikorruptionsgesetz wird nunmehr seit dem 23. Januar zwischen den Vertretern der beiden Parteien ernsthaft verhandelt. Um der ÖVP endgültig auch das angemaßte Monopol auf katholische Wählerstimmen streitig zu machen, wurde von der SPÖ am 23. Januar eine "Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Katholiker" gegründet.

Über den nächsten Wahltermin wird man sich also bis zur Abreise des SP-Parteivorsitzenden und Vizekanzlers Dr. Fittormann entscheiden müssen. Sein Besuch in den Vereinigten Staaten wird zwar offiziell nicht weiter begründet, doch scheint es sicher zu sein, daß er in einer für Österreichs Wirtschaft wichtigen Frage in Washington intervenieren will: Im Vorjahr haben die Amerikaner die sogenannten Counterpartmittel, das sind die Rückzahlungen aus Marshallplan-Krediten, nicht mehr zur weiteren Verwendung freigegeben, um auf diese Weise einen gewissen politischen Druck auszuüben. Daß es sich dabei um eine Fehlentscheidung handelt, wird der österreichische Vizekanzler dem amerikanischen Außenminister klarzumachen suchen.

Eine Warnung

sp - Als General de Gaulle in Frankreich die Regierung übernahm, knüpften viele Franzosen daran die Hoffnung, dieser Mann werde den mörderischen Algerienkrieg so schnell wie möglich beenden. Jetzt ist de Gaulle Präsident der Republik und Männer seines Vertrauens haben die Regierungsgeschäfte übernommen. Gewiss hat de Gaulle versucht, auch gegen den Widerstand rechtsradikaler Gruppen in Nordafrika, das Klima für Verhandlungen mit den Aufständischen in Algerien durch eine verhältnismässig grosszügige Amnestie vorzubereiten. Der Krieg in Algerien wird jedoch mit unverminderter Erbitterung auf beiden Seiten fortgesetzt.

Jetzt hat die algerische Exilregierung ausländische Erdölgesellschaften erneut davor gewarnt, sich an der Ausbeutung der Erdölvorkommen in der Sahara zu beteiligen. Die Warnung besagt, dass die algerische Regierung die während des Krieges abgeschlossenen Verträge ignorieren würde und dass sie sogar die Beteiligung an derartigen Verträgen als einen "feindlichen Akt gegen das algerische Volk" betrachte.

Die Warnung ist auch an die Adresse jener Unternehmen in der Bundesrepublik gerichtet, die zur Zeit mit der französischen Regierung in Verhandlungen über eine deutsche Kapitalbeteiligung an der Ausbeutung der Erdölvorkommen in der Sahara stehen. Wie verlautet, haben sich amerikanische Kapitalgruppen, die ursprünglich die Absicht hatten, in das Sahara-Geschäft einzusteigen, inzwischen aus politischen Gründen zurückgezogen. Es sieht fast so aus, als sollte ein grosser Teil des Kapitalbedarfs für die Ausbeutung des Sahara-Öls in der Bundesrepublik aufgebracht werden. Inwieweit die Verpflichtungen der Bundesrepublik im Rahmen der Kapitalvorschüsse auf der Grundlage des "Gemeinsamen Marktes" von der französischen Regierung auch in das Sahara-Geschäft gesteckt werden sollen, ist nicht klar übersichtlich.

Man wird den Warnungen der algerischen Exilregierung grösste Beachtung schenken müssen, da man sonst eines Tages von einer Entwicklung überrascht werden könnte, die nicht von einer französischen Regierung bestimmt wird.

Gefahren von innen und von aussen

sp - Werden wir als Volk den Sturm, der auf uns zukommt, politisch und moralisch überstehen können? Nach 13 Jahren, die seit dem Zusammenbruch vergangen sind, stehen wir vor einem neuen Abschnitt, sind wir alle zur Neubesinnung aufgerufen. Die Geschichte war uns Westdeutschen alles in allem genommen recht gnädig, sie liess uns als Wirtschaftswunderkinder üppig gedeihen, und allzu viele gaben sich dem trügerischen Schein hin, als hätten wir nie zwei Weltkriege verloren. Der Zusammenhalt unseres Volkes litt dabei Schaden. Nicht gerade die schlechtesten Geister fragten sich gegüßelt, ob wir als Volk, das einstmal so wertvolle Bausteine für die menschliche Kultur lieferte, nicht zu einer Hintersassenrolle verurteilt sind. Uns droht das Versagen geistiger Energien.

Viele machten und machen sich die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus allzu leicht. Man nahm seine Nachbarschaft zwar zur Kenntnis, aber es fehlte und fehlt an redlichen Berührer, mit ihm auch geistig und moralisch fertig zu werden. Der Streit der Geister, der in anderen Völkern darüber entbrannte, hat bei uns kaum stattgefunden. Wir spielten, obwohl wir als gespaltenes Land an der Scheidelinie zweier Welten leben, mehr oder weniger die Rolle des Unbeteiligten. Viele sahen in der Zuflucht zum amerikanischen Sternenbanner den bequemsten Weg, der eigenen Verantwortung, vor die uns Geschichte und Geographie gestellt hat, zu entgehen.

Diese Periode geht nun zu Ende. Jeder spürt es: Wir können nicht mehr andere stellvertretend für uns handeln lassen. Wir müssen die Bürde der eigenen Verantwortung wieder auf uns nehmen. Die sowjetischen Deutschland-Vorschläge haben zur Selbstbesinnung mächtigen Anstoss gegeben. Das Weltbild, das sich die Ara Adenauer zusammensinnerte, hält nicht mehr stand, es zerbricht unter dem Druck neuer Wirklichkeiten. Von uns erwartet eine von Unruhe und Kriegsfurcht gebeugte Welt eine eigene schöpferische Leistung; sie kann nur in der Bekundung einer tatkräftigen Friedensgesinnung bestehen. Uns als zweimal geschlagenes Volk steht es nicht an, den Hass zu pflegen und zur Entzweiung der Völker beizutragen. Und schon gar nicht sind wir dazu aufgerufen, wie gewisse Kreuzzugsritter es sich und anderen einreden, mit Waffen in den Streit von Ideologien und Mächtigkeitsgruppen einzugreifen.

Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn hat dieser Tage ein weises Wort gesprochen. Er sagte: "Wir sehen unsere Aufgabe in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufrüstung unseres Landes gegenüber der ideologischen Aggression des Ostens, aber auch dem verflachenden, einschläfernden Materialismus des Westens."

Dieser Satz müsste Richtschnur für die Politik unseres ganzen Volkes sein. Die Gefahren für den Bestand unserer Lebensordnung kommen nicht nur aus dem Osten, sie liegen auch bei uns selbst. Mit beiden Bedrohungen müssen wir fertig werden, wenn wir in dieser Welt bestehen wollen.

"Traumfabrik" und Wirklichkeit

"Es ist selbstverständlich, wenn eine Parteiorganisation, deren Sinn und Zweck allein im Politischen liegt, auch den Film in erster Linie unter politischen Gesichtspunkten sieht und daher von ihm generell Lebenswahrheit und Zeitkritik verlangt. Bei einer solchen einseitigen Betrachtung wird freilich übersehen, dass die hauptsächlich gesellschaftliche Aufgabe des Films darin besteht, der Bevölkerung Unterhaltung und Zerstreuung zu bieten. Die Ablenkung von den Daseinsorgen ist nicht nur Daseinsflucht, sondern auch notwendige Entspannung als Voraussetzung für die Fortführung des Daseinskampfes. Hieraus ergibt sich die legitime Funktion der "Traumfabrik"."

Bdt. So hiess es kürzlich in dem Filmlblatt "Der neue Film" in einem Artikel, der sich mit dem Abschnitt "Film" der Denkschrift "Die Zukunft meistern!" auseinandersetzte. Das Filmlblatt findet eine Reihe "positiver Vorschläge" in der sozialdemokratischen Denkschrift, lehnt aber die Kritik der Denkschrift am heutigen Film ("Die Mehrzahl der gezeigten Filme fördert die Daseinsflucht") als "ungerechtfertigt" ab. Und zwar mit den oben zitierten Worten.

Diese Worte treffen jedoch genau daneben. Die SPD-Denkschrift verlangt vom Film, er solle lebenswahr sein und dürfe kein verkitschtes, verlogenes und primitives Bild vom Leben geben - die Filmzeitung findet, das wäre eine "einseitige Betrachtung". Die "hauptsächlich gesellschaftliche Aufgabe" des Films bestehe darin, "der Bevölkerung Unterhaltung und Zerstreuung zu bieten". Hier wird nicht nur vergessen, dass Lebenswahrheit und "Unterhaltung und Zerstreuung" durchaus nicht in Widerstreit geraten müssen - wie will man denn eine "gesellschaftliche Aufgabe" erfüllen, wenn man von vornherein Lebenswahrheit und Zeitkritik ausklammert?

Hier wird aber vor allen vergessen, dass sich eben in die vermeintliche blosse "Unterhaltung" stets - absichtlich oder unabsichtlich - ein gesellschafts-erzieherisches, ein meinungsbilden-

des, ein politisches Element einschleicht. Der Film, der reine Unterhaltungsfilm, prägt Typen, schafft Ideale. "Schon in der Darstellung eines Milieus", so heisst es mit Recht in einer von "Arbeit und Leben" veröffentlichten kritischen Studie über den heutigen Film, "kann eine politische Anklage oder gemeine Lüge liegen. Eine gewitzte Bemerkung vom sympathischen Filmhelden im rechten Moment salopp aus dem Ärmel geschüttelt, wird oft zu einem weithallenden politischen Bekenntnis und ersetzt ganze Leitartikel und Rundfunkreden, die das gleiche Publikum niemals liest oder zu Ende hört."

Wenn man schon den "geheimen Verführern" aus der Wirtschaftswerbung nachweisen kann, dass ihre Methoden nicht ohne politische Folgen bleiben, wenn verantwortungsvolle Ärzte neuerdings vor den politischen Einschläferungs-Wirkungen der immer mehr in Umlauf kommenden Beruhigungs-Drogen warnen - dann ist es wohl sehr angebracht, sich mehr als das bisher geschehen ist mit dem Film und nicht zuletzt mit dem "reinen" Unterhaltungsfilm auseinanderzusetzen. Nicht, dass eine Lösung leicht zu finden wäre. Aber der jetzige Zustand, der es mehr oder weniger gutgläubigen und gutgewillten "reinen Unterhaltern" gestattet, Millionen von Augen mit einem erstellten Bild von der Wirklichkeit zu verkleben, ist keine Lösung. Die SPD wird es sich nicht nehmen lassen, nach neuen Wegen zu suchen. Sie kann die Auffassung Horst von Hartelt's, Verfasser des hier zitierten Aufsatzes im "Neuen Film", die deutsche Filmwirtschaft habe bisher "ihre kulturelle Aufgabe erfüllt", leider nicht teilen.

+ + +